

Entwicklung der Gleichstellung in Österreich

Jahr Meilensteine

1918	Aktives und passives Wahlrecht für Frauen (Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung)
1920	Rechtliche Verankerung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Art. 7 der Verfassung)
1927	Erstmals wird eine Frau Präsidentin des Bundesrates (erstmalig weltweit)
1951	Überführung der 1909 zugelassenen Polizeiassistentinnen in den Kriminaldienst, ab 1955 erstmals mit Leitungsfunktion, seit 1991 Einsatz als Politessen
1961	Einführung des Karenzurlaubes und des Karenzurlaubsgeldes
1966	Erstmals wird eine Frau Ministerin der Bundesregierung
1975	Rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern durch die Familienrechtsreform: Frauen dürfen ohne Zustimmung des Mannes arbeiten, beim Wohnsitz mitentscheiden und den Familiennamen wählen
1975	Die Fristenregelung für den straffreien Schwangerschaftsabbruch tritt in Kraft.
1976	Das Unterhaltsvorschussgesetz tritt in Kraft.
1977	Umfassende Sozialreformen: Erhöhung des Karenzgeldes, Einführung des Mutter-Kind-Passes, Verlängerung des Mutterschutzes auf 16 Wochen, einwöchige Pflegefreistellung
1978	Eröffnung des ersten Frauenhauses in Österreich
1979	Einführung des Gesetzes zur Gleichbehandlung von Frauen und Männer in Bezug auf das Arbeitsentgelt
1981	Eröffnung der ersten Frauenberatungsstelle in Österreich
1982	Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW)
1989	Sexualstrafrechtsreform: Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung in der Ehe oder Lebensgemeinschaft werden strafbar.
1990	Einführung des Väterkarenzgesetzes
1997	Gewaltschutzgesetz: Wegweisung, Betretungsverbot und einstweilige Verfügung werden als Schutzmaßnahme eingeführt.
2000	Gender Mainstreaming ist in der Bundesverwaltung verpflichtend anzuwenden.

2004	Einführung des Rechts auf Elternteilzeit
2006	Das Anti-Stalking-Gesetz tritt in Kraft.
2009	Bundesweite Einführung des kostenlosen letzten Kindergartenjahres Gesetz für eingetragene Partnerschaften Gender Budgeting wird in der Bundesverfassung verankert.
2010	Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsplatz
2011	Einführung einer Frauenquote für Aufsichtsräte von staatsnahen Unternehmen Betriebsinterne Einkommensberichte werden für Unternehmen mit mehr als 150 ArbeitnehmerInnen verpflichtend.
2013	Ratifizierung der Istanbul-Konvention Schaffung der ersten Notwohnung für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Mädchen und junge Frauen
2017	Aktionsplan für Frauengesundheit definiert Wirkungsziele und Maßnahmen